

# Gedanken zur Steuerreform

Von Dieter Grillmayer

---

Mit großen Getöse hat die Bundesregierung die Einigung über „die größte Steuerentlastung der Zweiten Republik“ bekannt gegeben und dabei schamhaft verschwiegen, dass die Gegenfinanzierung noch auf sehr wackeligen Beinen steht. Das ist insofern eine Blamage vor allem für die ÖVP, als diese ihre Zustimmung „unabdingbar“ daran geknüpft hat, dass die Reform sich selber finanziert und nicht zu Lasten des Budgets erfolgt.

Der ganze Vorgang wirft eine Reihe von Fragen auf, allerdings nur deswegen, weil die auf der Hand liegende Gegenfinanzierung politisch nicht durchsetzbar ist. Eine umfassende Verwaltungsreform, welche vor Ländergrenzen nicht Halt macht, würde sicher mehr als die fünf Milliarden Euro an Mindereinnahmen abdecken, welche durch die Steuerreform zu erwarten sind. Das bleibt aber Illusion, solange die österreichische Realverfassung gilt, wonach die Landeshauptleutekonferenz mehr zu sagen hat als die Bundesregierung, was den Föderalismus natürlich ad absurdum führt.

Wenden wir uns daher den Fragen zu, die sich unter Ausschluss der Patentlösung im Zuge der Steuerreform stellen, sowie den Alternativvorschlägen, die dazu gemacht worden sind. Im Wesentlichen sind das die Folgenden:

1. Inwiefern ist eine Gegenfinanzierung überhaupt erforderlich? Bedeutet mehr Geld in der Tasche des Bürgers nicht mehr Kaufkraft, mehr Wachstum, ein höheres Steueraufkommen? Finanziert sich eine Steuerentlastung damit nicht quasi „von selber“, und das noch dazu mit dem Nebeneffekt einer Wirtschaftsbelebung?

2. Inwiefern ist angesichts der horrenden Staatsschulden eine Steuerentlastung überhaupt verantwortbar? Wäre die Reduzierung des Schuldenstandes nicht viel wichtiger? Wäre es nicht hoch an der Zeit, die Begehrlichkeiten der Konsumgesellschaft nicht weiterhin mit geliehenem Geld zu finanzieren, sondern den Gürtel etwas enger zu schnallen, um unseren Kindern und Enkeln einen Wohlstand zu sichern, der mit dem heutigen vergleichbar ist? (Dieser Appell richtet sich nicht an die unterste Einkommensklasse, weil diese von direkten Steuern ohnehin befreit ist.)

\*\*\*

Von Albert Einstein ist der Satz überliefert, ein Problem könne nie nach denselben Denkmustern gelöst werden, durch die es entstanden ist. Das kommt mir jedes Mal in den Sinn, wenn von „Sozialökonomern“ wie z. B. Stefan Schulmeister gefordert wird, die lahrende Konjunktur durch einen weiteren Ausbau der staatlichen Vorsorge und eine Steuerentlastung anzukurbeln – und zwar mit Geld, das wir nicht haben.

Auch wenn Generationen von Schülern das „deficit-spending“ als das Nonplusultra der Wirtschaftspolitik eingepflegt worden ist – der Praxis hält diese Theorie nicht stand. Schon am 6. August 2003 gab der Wirtschaftsexperte Bernhard Felderer in der „Presse“ dazu folgenden Kommentar ab: *„In den USA ist seit mindestens zwei Jahrzehnten unter den Theoretikern mehrheitlich klar, dass der Staat die Konjunktur nicht beeinflussen kann. ... In den USA spielt der Keynesianismus kaum noch eine Rolle. In Europa ist dieses Konzept noch nicht ausgestorben, plädieren vor allem die Gewerkschaften dafür, dass höhere Staatsausgaben die wirtschaftliche Flaute beleben sollen.“*

In Österreich hat die Politik des „deficit-spending“ zu einer Staatsverschuldung in Höhe eines zwölfstelligen Euro-Betrages geführt, weil, wie in allen Demokratien mit ihren laufenden Wahlgängen anscheinend zwangsläufig, das geliehene Geld in „guten“ Zeiten nicht zurückgezahlt worden ist. Es kann gar nicht oft genug darauf hingewiesen werden, dass allein der Zinsendienst für die

Staatsschulden jährlich mehr Geld „frisst“ als insgesamt für Unterricht, Wissenschaft und Forschung zur Verfügung steht, und dass jeder Österreicher vom Baby bis zum Greis monatlich rund 100 Euro weniger bezahlen oder mehr bekommen könnte, gäbe es diesen Schuldenberg nicht.

Wenn also die Politik des Schuldenmachens den Budgetspielraum immer mehr einengt, liegt es da nicht auf der Hand, damit endgültig Schluss zu machen? Allen Statistiken zufolge liegt Österreich hinsichtlich des wichtigsten Wohlstands-Indikators, der Kaufkraft seiner Bevölkerung, noch immer im europäischen Spitzenfeld. Wäre es da nicht mehr als gerechtfertigt, eine hohe Steuerquote so lange in Kauf zu nehmen, bis der Staatshaushalt wirklich nachhaltig saniert ist? Etliche mit Österreich durchaus vergleichbare EU-Staaten (z. B. Finnland, Schweden, Irland und die Niederlande) und vor allem Deutschland haben es binnen weniger Jahre geschafft, von einer Defizitwirtschaft zu einem Budgetüberschuss zu kommen.

Die heute (aus durchsichtigen Gründen) viel gelästerte Regierung Schüssel/Riess war zwischen 2000 und 2002 auf dem richtigen Weg, ehe sie durch aufständische freiheitliche Funktionäre in Knittelfeld gesprengt wurde. Übrigens ging es auch damals um eine Steuerreform – zur Unzeit verlangt und von der Regierung zu Recht verweigert. Der fulminante Wahlsieg Schüssels im Herbst 2002 belegt eindrucksvoll die Akzeptanz dieser Politik in einem breiten Wählersegment, ebenso wie der Absturz 2006, nachdem das Ziel des Nulldefizits aufgegeben worden war. (Ich habe das 2004 in dem mehrfach veröffentlichten und auch im Internet abrufbaren Aufsatz „Steuersenkung auf Pump versus Null-Defizit“ heftig kritisiert.)

Im Übrigen hege ich ernste Zweifel daran, dass ein höheres Nettoeinkommen, als es die Verhältnisse erlauben, für die überwiegende Mehrheit der Österreicher mehr Zuwachs an Lebensqualität bringt als das Bewusstsein, in einem auf sicheren Fundamenten ruhenden Staat zu leben, und ebenso bezweifle ich, dass eine Volkswirtschaft gesund und krisensicher ist, deren Erfolg von stets wachsenden Geldflüssen abhängt und die dies nur durch die Produktion von zum Teil höchst überflüssigen Konsumgütern und ihrer mit hohem Werbeaufwand verbundenen Vermarktung erreichen kann. (Ähnliches gilt für eine Vielzahl von Dienstleistungs-Angeboten.)

Zudem wäre es auch im Bereich des Immateriellen hoch an der Zeit, von den Dogmen wieder abzurücken, die von der „Frankfurter Schule“ in die Welt gesetzt, von der 1968er-Bewegung propagiert und von vielen Gutmeinenden naiv und ungeprüft übernommen worden sind. Denn die negativen Folgen sind unübersehbar, zumindest für jene, die sehen wollen und die aus eigenem Erleben die Fünfziger- und Sechzigerjahre des vorigen Jahrhunderts mit der Jetztzeit vergleichen können.

Wer das nicht kann, der schaue sich einmal im TV-Nachmittagsprogramm die alten Spielfilme an und vergleiche das damalige gesellschaftliche Klima mit dem heutigen. Die von der genannte Schule angestrebte „*Befreiung aus den stählernen Gehäusen der Hörigkeit*“ hat u. a. zu Familienzerstörung und Scheidungselend geführt, es geht rundum gewalttätiger zu als je zuvor, und eine Vielzahl von Menschen hat sich vom Ideal des „mündigen Bürgers“ der Aufklärung weg zum Bedürfnisbündel, zum Beratungs-, Betreuungs- und Versorgungsfall hin entwickelt.

Zuletzt: Ein klassischer Liberaler wie ich muss in den Staaten Europas – im Unterschied zu den kalvinistisch geprägten USA – mehrheitlich eine Übersozialisierung feststellen, welche die Lebensfähigkeit vieler Menschen bis zur Sinnkrise beeinträchtigt, was unter anderem auch die Geburtenraten dramatisch gedrückt hat. Nicht zuletzt ist diese Übersozialisierung auch für das Schuldenmachen auf Kosten der (ohnehin ausgedünnten) nachfolgenden Generationen verantwortlich. Das von allen Größen der Geistesgeschichte beständig gepredigte „Maßhalten“ wäre also nicht nur notwendig, um die staatlichen Budgets in den Griff zu bekommen, sondern könnte sich auch durchaus positiv auf das Leben der Menschen in Freiheit und Verantwortung auswirken.